

13. November 2017, 18:54 Verfahren in Hamm

Teilerfolg für Klage eines peruanischen Bauern gegen RWE

Anders als das Landgericht Essen in der Vorinstanz hat das Oberlandesgericht den Konzern vorerst nicht aus seiner Mitverantwortung entlassen.

Das Gericht deutet an, dass es in dieser Frage zumindest eine Beweisaufnahme eröffnen will.

Richter Rolf Meyer fragt: "Wäre die Flutgefahr geringer, wenn es die Emission der Beklagten nicht gäbe?"

Von Benedikt Müller

Gut 10 000 Kilometer Luftlinie trennen Nordrhein-Westfalen und die Provinz Ancash in Peru. Und doch besteht Saúl Luciano Lliuya auf diesen Zusammenhang: dass die Kohlekraftwerke des Konzerns RWE hierzulande mitverantwortlich sind für den Klimawandel in seiner Heimat. Der Kleinbauer Lliuya sieht sein Wohnhaus in Huaraz akut gefährdet: Die Stadt liegt am Fuße der Anden, unterhalb eines Gletschensees. Je mehr der Gletscher schmilzt, desto mehr Wasser trägt der See. Schon einmal ist es vorgekommen, dass der See nach einem Erdbeben ausbrach, und das Wasser die Anden-Stadt überflutete. Die nächste Welle, befürchtet Lliuya, würde sein Haus treffen. "Es ist nur noch eine Frage des Wann und nicht des Ob", sagt der Kläger.

Tragen die Kraftwerke von RWE zum weltweiten Temperaturanstieg bei?

Das Oberlandesgericht (OLG) Hamm hat am Montag die ungewöhnliche Zivilklage verhandelt. Lliuya, ein kleiner Mann mit kurzen, schwarzen Haaren, macht RWE für 0,47 Prozent aller weltweiten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Deshalb fordert der Landwirt, dass der Konzern einen Teil der Maßnahmen bezahlen soll, um die Stadt und sein Haus vor drohenden Fluten zu schützen. Anders als das Landgericht Essen in der Vorinstanz hat das OLG den Konzern vorerst nicht aus seiner Mitverantwortung entlassen.

Zwar reichen die Treibhausgas-Emissionen von RWE bei Weitem nicht aus, um die Gletscherschmelze in den Anden alleine herbeizuführen. Doch Richter Rolf Meyer führt eine andere Frage ins Feld: "Wäre die Flutgefahr geringer, wenn es die Emission der Beklagten nicht gäbe?" Das OLG deutet an, dass es in dieser Frage zumindest eine Beweisaufnahme eröffnen will; die Entscheidung soll am 30. November fallen.

In der Beweisaufnahme müssten Sachverständige der Kausalkette auf den Grund gehen: Tragen die Kraftwerke von RWE zum weltweiten Temperaturanstieg bei, zur Gletscherschmelze in den Anden, verursachen sie somit Lliuyas Flutgefahr? RWE fürchtet sich

eher vor einer Klage-welle denn vor einer Flutwelle in den Anden. "Aus unserer Sicht ist das ein Präzedenzfall", sagt ein Anwalt des Konzerns am Montag.

Deshalb sei RWE auch nicht bereit, einen Vergleich mit Lliuya zu schließen. Man könne einen einzelnen Konzern nicht für allgemein verursachte, weltweite Vorgänge wie den Klimawandel haftbar machen. Zudem bezweifelt RWE, für 0,47 Prozent aller weltweiten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich zu zeichnen; die Rechnung vernachlässige etwa Ausstöße von Verkehr und Landwirtschaft. Und überhaupt fielen die CO₂-Emissionen nur an, weil RWE die Energieversorgung in Deutschland sichere, als Teil der Daseinsvorsorge.

Der Rechtsstreit in Hamm verdeutlicht beispielhaft, wie sehr Staaten im globalen Süden unter globalen Klimaveränderungen leiden. Der Großteil der weltweiten Treibhausgas-Emissionen stammt allerdings aus den Industrie- und Schwellenländern des Nordens. Auf dieses Ungleichgewicht weisen Umweltschützer immer wieder hin, wenn sie nun anlässlich der Weltklimakonferenz in Bonn für mehr Klimagerechtigkeit auf die Straße gehen. Die Teilnehmer der Konferenz sondieren derzeit, wie die Weltgemeinschaft ihr vereinbartes Klimaziel erreichen kann, die weltweite Erwärmung deutlich unter zwei Grad zu begrenzen.

"Das Ergebnis dieser Verhandlung hier wird Folgen haben"

Den ersten Verhandlungstag verbucht Lliuya, der von der Entwicklungsorganisation Germanwatch unterstützt wird, als Erfolg. Der Landwirt im hellblauen Hemd spricht leise an diesem Tag, eine Dolmetscherin übersetzt. Man wolle die Mitverantwortung von RWE nun beweisen.

"Das wird noch ein langer Weg", sagt Anwältin Roda Verheyen. Doch erstmals meine ein Gericht, dass Mitverursacher des Klimawandels grundsätzlich für den Schutz vor dessen Folgen aufkommen müssten. "Das Ergebnis dieser Verhandlung wird natürlich Folgen haben", sagt Verheyen. Schließlich zeige der 0,47-Prozent-Anteil von RWE, dass es noch ganz andere Treibhausgas-Emittenten auf diesem Planeten gibt.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimawandel-der-bauer-der-gegen-rwe-klagt-1.3264883>

24. November 2016, 18:48 Klimawandel

Der Bauer, der gegen RWE klagt

Saúl Lliuya aus Peru fordert den deutschen Konzern heraus - wegen der Erderwärmung und schmelzender Gletscher.

Von Michael Bauchmüller

Am Anfang, sagt Saúl Luciano Lliuya, habe er noch Angst gehabt. Er, ein Kleinbauer, gegen einen Konzern mit 14 000 Leuten? Er, als Peruaner, vor einem deutschen Gericht? "Der Grund herzukommen, ist größer als die Angst", sagt er jetzt. "Jeder normale Mensch weiß, dass das nicht in Ordnung ist."

Lliuya ist ein schwächtiger Mann mit wachem Blick. Daheim in den Anden zieht er Kartoffeln, Mais, Weizen, das meiste für den Eigenbedarf. An diesem Donnerstag aber geht es um das große Ganze, das Landgericht Essen verhandelt seinen Fall. Aktenzeichen 2 O 285/15. Ein Verfahren, wie es das in der Geschichte der Republik noch nicht gegeben hat.

Denn Lliuya will den RWE-Konzern für etwas zur Verantwortung ziehen, das der am anderen Ende der Welt anrichtet - durch die Verbrennung von Kohle in hiesigen Kraftwerken. Konkret geht es um eine Lagune, die 20 Kilometer von Lliuyas Heimatstadt Huaraz in den Anden liegt. In der Lagune sammelt sich Schmelzwasser von den Gletschern der Umgebung. 2014 untersuchten Forscher der Universität Austin in Texas den Zustand der Lagune. Nach ihren Untersuchungen hat sich das Volumen binnen 40 Jahren verdreißigfacht. Die Gletscher schmelzen schneller. Gehalten wird das alles durch einen Damm, der die Lagune zum Tal hin abschließt. Weshalb die texanischen Forscher auch simulierten, was eine Flutwelle anrichten würde. Weite Teile von Huaraz würden überflutet, 35 000 Menschen wären betroffen. Auch Lliuya.

Aber kann er vor einem deutschen Gericht klagen? Die Richter am Landgericht Essen haben am Donnerstag alle Seiten angehört. Schon in den Schriftsätzen der letzten Monate hatten beide Seiten Experten und Expertisen aufgeföhren - vor allem zu der Frage, ob und wie ein Braunkohlekraftwerk im Rheinland Gletscher in Peru zum Schmelzen bringen soll. Am 15. Dezember will das Gericht entscheiden, wie es weitergeht. Kommt es zur Beweisaufnahme, dann bahnt sich ein juristischer Schlagabtausch über den Klimawandel an, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat, ein Kreuzfeuer aus Gutachten und Gegengutachten.

"Das ist alles andere als aussichtslos", sagt Anwältin Roda Verheyen, die Lliuya vertritt. Sie beruft sich auf das Bürgerliche Gesetzbuch, Paragraf 1004. "Wird das Eigentum (...) beeinträchtigt, so kann der Eigentümer von dem Störer die Beseitigung der Beeinträchtigung verlangen." Auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestages befasste sich unlängst mit der Frage. Ergebnis: Möglich ist so ein Anspruch gegen ein Unternehmen. Ihn durchzusetzen ist eine andere Sache. RWE nämlich argumentiert damit, dass sich "spezifische Auswirkungen einer Klimaveränderung" nicht einzelnen Emittenten zurechnen ließen, dafür sei der Klimawandel zu komplex. Und ohne Nachweis keine Haftung.

Lliuya, 36, könnte sich das ganze Verfahren nicht leisten, hätte sich nicht die Entwicklungsorganisation Germanwatch der Sache angenommen. Daheim, sagt er, blieben viele seiner Nachbarn lieber leise. "Das ist eine Art Machtlosigkeit." Inzwischen aber hätten auch Nachbarn und Behörden in Huaraz begriffen, dass Lliuya in der Ferne auch für sie kämpft. "Es geht mir nicht um den Ruhm", sagt der Bauer. "Es geht um die Sache."

Der Streitwert ist vergleichsweise gering. Der RWE-Konzern soll einen Teil jener 3,5 Millionen Euro schultern, die eine Entschärfung der Lagune kosten würde - und zwar entsprechend seinem Anteil an den globalen Treibhausgas-Emissionen. Bei 0,47 Prozent Anteil wären das 17 000 Euro. Aber ums Geld geht es in diesem Fall ohnehin nicht, sondern ums Prinzip. "RWE muss sein Sandkorn beisteuern", sagt Lliuya. "Und es gibt noch viele andere wie RWE."